

Dresdner Volkszeitung

Hauptschreibst.: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ für das werktätige Volk

Kontakto:
Gedr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Belegungen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 28 mm breite Nonpareilgröße 30 Goldpf., die 30 mm breite Reklamegröße 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Pros. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 200

Dresden, Mittwoch den 27. August 1924

35. Jahrg.

Wie falle ich unauffällig um?

Der Sozialdemokratische Parlaments-

sienst schreibt zur Lage im Reichstage:
Am Montag hat der deutschnationale Parteivorstand im Reichstag die Erklärung abgegeben, daß seine Fraktion am Donnerstag die Dawes-Gesetze ablehnen werde. Niemand hat diese Erklärung im Reichstage ernst genommen — die Ueberzeugung war und ist allgemein, daß die deutschnationalen umfallen werden, sobald ihnen dazu eine Gelegenheit geboten wird. Inzwischen sind die Beratungen zur Vorbereitung des Umfalls eingeleitet, und wiederum erscheint im Hintergrunde Herr Stegerwald als der Stangler des Bürgerblods.

Der Preis für den Umfall ist der Eintritt der deutschnationalen in die Regierungskoalition. Diese Möglichkeit soll unter allen Umständen geschaffen werden, und zunächst ist deshalb die Wirtschaftspartei auf den Plan getreten, um den Weg hierfür zu ebnen. Sie hat am Dienstag im Reichstage einen Antrag eingebracht, nach dem der Reichstag beschließen soll, daß zur Verabschiedung der Dawes-Gesetze eine Zweidrittelmehrheit nicht notwendig ist. Der Sinn dieses Antrages ist, den deutschnationalen die Stimmhaltung zu ermöglichen und dadurch ihren Eintritt in die Regierung vorzubereiten. Aber auch diesmal ist die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn zunächst steht fest, daß die Sozialdemokratie gegen den Antrag der Wirtschaftspartei stimmen wird. Das gleiche dürften die Demokraten und große Teile des Zentrums tun, die ebenfalls nicht daran denken, den deutschnationalen die Stellung auch nur im geringsten zu erleichtern. Man muß also damit rechnen, daß der Antrag der Wirtschaftspartei abgelehnt wird, so daß die deutschnationalen sich schon nach anderen Möglichkeiten zum Umfall umsehen müssen und die Schlüsse des Herrn Stegerwald, Reichstanzler des Bürgerblods zu werden, nicht ohne weiteres in Erfüllung gehen werden.

Als Hauptvermittler zwischen den deutschnationalen und der Regierungskoalition, d. h. vorläufig der Volkspartei, kommt der ehemalige bayerische Ministerpräsident Graf von Lerchenfeld in Frage. Seine Haltung ergibt sich weniger aus staatspolitischen Rücksichten als aus persönlichen Interessen, die hauptsächlich auf seine Frau, eine Amerikanerin, zurückzuführen sind. Es ist anzuerkennen, daß ein Teil der Regierungskoalition dieses Wanders durchschaut hat und ihm mit besonderer Vorsicht gegenübersteht.

Aber damit können die Bemühungen um den Bürgerblod und den Umfall der deutschnationalen vorläufig keineswegs als gescheitert betrachtet werden. Die Möglichkeit eines Umfalls und die Entstehung des Bürgerblods ist nach wie vor gegeben, obwohl der Reichstanzler Marx und die Zentrumsmänner mit Ausnahme des Herrn Brauns — wie wir bestimmt wissen — unter keinen Umständen daran denken, eine Regierungskoalition mit den deutschnationalen verwirklichen zu helfen. Desto mehr Energie bietet die Volkspartei auf. Sie gebärdet sich gewissermaßen als Schrittmacherin der deutschnationalen Schlüsse und hat bisher infolge dessen alles getan, um als Entgelt für den deutschnationalen Umfall mehrere Ministerstellen in Aussicht zu stellen. U. a. hat sie am Dienstag im Reichstage einen Antrag eingebracht, der wie folgt lautet:

Der Reichstag wolle beschließen: In dem Entwurf des Gesetzes über die Londoner Konferenz ist zwischen den §§ 3 und 4 der folgende § 5a einzufügen:
Um die Durchführung des den Vereinbarungen der Londoner Konferenz zugrunde liegenden Sachverständigenrats nicht zu beeinträchtigen oder zu gefährden, hat die Reichsregierung darauf hinzuwirken:

- daß die Gebiete, die über die im Artikel 428 des Vertrages von Versailles bezeichneten Grenzen hinaus besetzt worden sind, so rasch wie möglich, jedenfalls aber erheblich vor dem 15. August 1925, geräumt werden;
- daß die Kölner Zone unter allen Umständen am 10. Januar 1925 endgültig geräumt wird, wie dies auch von den englischen Konjuristen als notwendig anerkannt wurde;
- daß Sicherheit dafür geschaffen wird, daß künftig die in der Vereinbarung über die militärische Befestigung der Rheinlande vom 28. Juni 1919 für die Befugnisse der Befehlshaber vorgesehenen Grenzen nicht überschritten und daß insbesondere die Bewohner der Rheinlande im Genusse ihrer allgemeinen Menschenrechte und staatsbürgerlichen Grundrechte nicht geschränkt werden.

Dieser Antrag soll das Rettungsschiff für die deutschnationalen sein. Sie haben am Montag bestimmt durch ihren Parteivorstand Herzog u. a. erklären lassen, daß sie ihre Stellungnahme im Eventualfall tevidieren, wenn ihrer Auffassung durch bestimmte Untertage Rechnung getragen wird. Die Deutsche Volkspartei glaubt nun, die Formulierung eines derartigen Antrages in der vorstehenden „Abänderung“ zu dem Entwurf des Gesetzes über die Londoner Konferenz gefunden und den deutschnationalen den Umfall ermöglicht zu haben. In Wirklichkeit aber handelt es sich in dem Antrag der Volkspartei um gar nichts anderes als um eine Entschlebung, die der Reichstag annehmen und die Regierung zur Kenntnis nehmen kann. Diese Entschlebung ist für beide Teile, insbesondere für das Kabinett, unverbundlich, denn es liegt in ihr ausdrücklich, daß die Regierung lediglich auf bestimmte Wünsche hinwirken soll. Da aber die deutschnationalen selbst den Umfall unter allen Umständen wün-

schen, ist es nicht ausgeschlossen, daß sie die negative Entschlebung der Volkspartei als eine Brücke betrachten. Sie sind demagogisch genug, vor der Öffentlichkeit zu erklären, daß diese Brücke die Möglichkeit bietet, ein „zweites Versailles“ und die „Verflüchtung“ des deutschen Volkes zu verhindern, obwohl in Wirklichkeit an den Dawes-Gesetzen und den Londoner Vereinbarungen mit dem Antrag der Volkspartei nicht das geringste geändert wird.

Es ist nach wie vor nicht ausgeschlossen, daß Herr Stegerwald zu diesem verlogenen Umfall seine Hand bietet. Das als Möglichkeit im voraus festgestellt zu haben, erscheint uns als Pflicht, zumal das, was im Augenblick hinter den Kulissen vorbereitet wird, nichts anderes ist als ein neuer großer Betrug am deutschen Volke.

Western, Dienstag abend 9 Uhr, verlaute, daß der Außenhandel mit den deutschnationalen als endgültig gescheitert zu betrachten sei. Das fand nach allen Erfahrungen natürlich nicht heißen, daß der Außenhandel am Mittwoch nicht fortgesetzt wird. Man muß vielmehr annehmen, daß die Versuche, einen Umfall der deutschnationalen mit deren Eintritt in die Regierung zu ermöglichen, bis zum letzten Augenblick fortgesetzt werden.

Frankreich sanktioniert den Bait

Herriots gewaltiger Sieg im Senat — Poincarés klägliche Niederlage

P. Paris, 26. August. (Sig. Draht.)

Der Senat hat am Dienstag vormittag die Debatte über die Ergebnisse der Londoner Konferenz begonnen. Die Nachmittagsung brachte die seit langem angekündigte Rede Poincarés. Er gab zu, daß er selbst den Dawes-Plan in seiner Gesamtheit angenommen habe, er wolle untersuchen, ob man es in London nicht hätte besser machen können. Poincaré wandte sich zunächst gegen die Behauptung, daß die auswärtige Politik Frankreichs seit seinem Austritt eine „magische Veränderung“ erfahren habe. Sehr eingehend behauptete sich Poincaré dann mit dem von dem sozialistischen Abgeordneten Leon Blum in der Kammer an seiner Politik geübten Kritik, und als er dabei von Blum als dem „vorführenden Minister des Kabinetts Herriot“ sprach, kam es

zu einem scharfen Zusammenstoß mit Herriot, der sich diese Bezeichnung auf das entschiedenste verbat. Zu einem weiteren Zusammenstoß mit Herriot kam es, als Poincaré diesem zum Vorwurf machte, daß er sich gegen die Beschränkung der Rechte der Reparationskommission nicht entschieden genug zur Wehr gesetzt habe. Herriot erwiderte darauf in sehr scharfer Ausprägung, daß er die dahingehenden Forderungen der Alliierten allerdings ablehnen könne, genau so gut, wie er in jedem andern Moment, wenn er es gewollt hätte, die Londoner Konferenz hätte zum Scheitern bringen können. Poincaré übte sodann heftige Kritik an der Einführung des schieferichten Verfahren, das in Wirklichkeit den Vorschlag auf die Feststellung jeder Verzögerung bedeutet. Er könne in den Londoner Verhandlungen keineswegs den Fortschritt sehen, den Herriot darin erblickte, und das mindeste sei, daß das Parlament seine Zustimmung verweigere, bis die deutschen Obligationen auf dem Weltmarkt untergebracht seien. Auch in diesem Punkte habe Frankreich seine Trümpfe aus der Hand gegeben, ohne das geringste dafür eingetauscht zu haben. Lediglich auf dem Gebiete der Naturalieferungen habe die französische Delegation wesentliche Verbesserungen erzielt. Dagegen stelle die Deutschland ausgebilligte Möglichkeit eines Einspruchs gegen die Beschlüsse des Transferkomitees ein weiteres bedenkliches Zugeständnis dar. Herriot wies diesen Vorwurf eingehend zurück mit dem Argument, daß die Aufhebung eines Schiedsgerichts auf ganz bestimmte Ausnahmefälle beschränkt sei.

Nach einer einstündigen Unterbrechung der Sitzung kam Poincaré auf die vorzeitige Räumung des Ruhrgebietes zu sprechen. Er erklärte, daß Herriot das von der französischen Regierung gegebene Wort völlig erfüllt haben würde, wenn er die Räumung des Ruhrgebietes von der Unterbrechung der im Dawes-Plan vorgesehenen deutschen Obligationen abhängig gemacht hätte. Die Aufrechterhaltung einer wenn auch räumlich verringerten Beziehung wäre eine unbedingte Notwendigkeit gewesen, denn wenn es nicht gelänge, die Obligationen zu mobilisieren, so stürze der ganze Dawes-Plan in sich zusammen und Frankreich würde in dieser Falle gezwungen sein, zu der Politik der Pfänder zurückzuweichen. Wenn dieser Fall eintrete, so würde Frankreich künftig keine Goldnoten mehr im Ruhrgebiet haben, und wenn Deutschland sich einem neuen Einmarsch widersetze, so würden die Folgen neues Blutvergießen sein, das man hätte vermeiden können.

Herriot rednete mit Poincarés vererblicher Politik gebührend ab und erzielte einen gewaltigen Erfolg.

Der Senat nahm die Vertrauensfrage mit 204 gegen 40 Stimmen an. Die Mehrheit ist immovent. Nunmehr hat Frankreich das Londoner Abkommen sanktioniert.

Fragen an die K. P. D.

Rede der Genoffin Toni Sender im Reichstag

In der gestrigen Reichstagsung sprach Genoffin Sender in einer wirkungsvollen Rede die Frage der Verteilung an. Das führte zu lebhaften Auseinandersetzungen mit den Kommunisten. Wir geben die Rede hiermit in ausführlicher Form. Den Sitzungsbericht finden unsere Leser an anderer Stelle.

Niemand denkt daran, über etwas, was natürlich für alle Kreise des deutschen Volkes nur eine Belastung darstellen kann, irgendwie entsetzt oder begeistert zu sein. Die die Notwendigkeit der Zustimmung zu erklären den Mut haben, erkennen, daß in der Annahme der Gesetze ein gewisser Aufwandsstand, wenn auch nur für eine gewisse Zeit, hergestellt wird, und daß es daher ihre Pflicht gewesen ist, darauf hinzuwirken, daß nicht ein Diktat kommt. Aber gerade die Herren von rechts, die ja selbst die Absicht hatten, den besiegten Gegnern die Lasten des Krieges aufzubürden, haben am wenigsten Ursache und moralisches Recht, sich darüber zu entziehen, daß der durch sie verkündete Bericht des Krieges uns nunmehr in die Not dieser Zeiten gebracht hat. Gerade die Belastung, die wir jetzt bei dem Gesetz über Industriebankrottationen zu beibringen haben, ist ja eine Last, die zunächst den tragfähigen Schichten des deutschen Volkes auferlegt wird. Man sagt bei jedem dieser einzelnen Gesetze, es seien doch Zwangsgesetze, denen man sich nicht unterwerfen dürfe. Ja, warum denn Zwangsgesetze? Was haben Sie (nach rechts) denn aus eigenen freien Stücken getan, um diese Zwangsgesetze zu verhindern? Es wäre in unserer Macht gewesen, solche Zwangsgesetze und Diktate zu verhindern, wenn nicht gerade diese Kreise des Volkes es stets gewesen wäre, die wirklich brauchbare Vorschläge, die der eigenen Initiative entsprangen, zurückgewiesen und ihre Durchführung verhindert hätten. Es war mein Parteifreund Robert Schmidt, der als Reichswirtschaftsminister einen Gesetzentwurf ausgearbeitet hatte, um aus eigener Kraft und ohne Einmischung des Auslandes jene Belastung vorzunehmen, die unter dem Namen „Schwermeterfassung“ Ihnen allen bekannt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß ja, daß damals, als zum erstenmal die Forderung der Schwermeterfassung von uns erhoben wurde, nicht nur auf Seiten der bürgerlichen Parteien der Widerstand kam, sondern daß wir damals auch von der Linken des Hauses, von den Kommunisten, in der unerhörtesten Weise verhöhnt worden sind, ob dieser Schwermeterfassung, die nichts anderes sei als Sozialisierungsgesetz, die nichts anderes sei als Arbeiterverbot; später nahmen diese Kreise selber diesen Sozialisierungsgesetz als ihre eigene Forderung auf.

Nun wurde die Belastung der Industrie durch das Londoner Abkommen von dem Vorredner in Vergleich gestellt mit der Belastung, die bereits in der Vorkriegszeit bestanden hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang an ein Schreiben erinnern, das der Sparer-Reichsverband an den Untersuchungskommission des Reichstages gerichtet hat, worin gegenüber Ausführungen des Geheimrats Rabens, eines Vertreters Ihrer, der deutschnationalen Genoffin, folgende Tatsachen festgesetzt werden:

Geheimrat Rabens ist Leiter und Hauptbeteiligter der Deutschen Eisenhandels-Gesellschaft Rabens, die im Jahre 1917 67 Millionen 4 1/2 prozentige Goldobligationen im Umlauf hatte. Ferner ist Geheimrat Rabens im Aufsichtsrat der Caro-Obereschleischen Eisenindustrie. Diese Gesellschaft hatte 1917 7 Millionen Goldobligationen, hatte im Jahre 1918 weitere 6 Millionen Goldobligationen und im Jahre 1919 fernere 12 Millionen Goldobligationen zu 4 1/2 Prozent aufgenommen. Alle diese Obligationen und Hypotheken sind in der Inflationszeit zurückgezahlt worden. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sie sind also fast ohne jedes Entgelt gelöscht worden. Sie werden also wohl nicht befechten wollen, daß jene Industrieunternehmen, die infolge der Geldentwertung gelitten haben, sich nicht nach einer Reihe von weiteren Beispielen — ich will nur noch eins heraufgreifen — dafür anföhren, daß die Industrie von der Inflation profitierte, insbesondere durch die Entlastung ihres Vermögens, nicht nur von ihren Vorkriegsbelastungen, sondern auch jener Belastungen, die vor der schlimmsten Inflationszeit erneut aufgenommen und dann in der trassierten Inflationsperiode mit einem Beifrieden abgegolten wurden. So konnte z. B. in dem Geschäftsbericht der Deutschen Luftverkehrsgesellschaft Leipzig erklärt werden:

Es ist dafür gesorgt worden, daß während der Inflationszeit stets Verbindlichkeiten vorhanden waren, die mit eingehenden Geldern zur Abdeckung gelangen konnten.

Die zur Verfügung stehenden Kredite — Reichsbaukredite also Kredite des deutschen Volkes, letzten Endes auf Kosten der deutschen arbeitenden Bevölkerung! —

haben es ermöglicht, daß wir Substanzverluste nicht erlitten haben, daß vielmehr auch in Gold erhebliche Gewinne erzielt wurden, die in Expansionen ihre Reserven gesunden haben. (Hört, hört! links.)

Nun bitte ich Sie, doch nicht nur das einseitige Bild, wie es von dem Herr Abgeordnete Dr. Lejeune-Jung gegeben hat, ins Auge zu fassen, sondern das Gesamtbild in Betracht zu ziehen und sich dann die Frage vorzulegen, ob man wirklich erklären kann, daß es einfach völlig untragbar sei für die deutsche Industrie, wenn ihr nunmehr diese Lasten auferlegt werden.

Nun ist ja von dem Herrn Vorredner erklärt worden, daß in Bezug auf die Belastung eine Freilassung der öffentlichen Betriebe nicht erfolgen dürfe. Leider haben auch die Vertreter der Ministerien, sowohl des Reichswirtschaftsministeriums, wie des Reichsfinanzministeriums, mit sehr großer Wärme und Entschiedenheit sich dafür eingesetzt, daß die öffentlichen Betriebe in der gleichen Weise mit befreit werden müßten. Keine Auffassung geht dahin, daß Sinn und Wortlaut des Sachverständigen-Ratschens diesem Vorhaben widerspricht. Dem Sinn und Wortlaut des Sachverständigen-Ratschens entspricht es,

daß diese 300 Millionen Mark Jahresleistungen der Industrie auferlegt werden.

Das Sachverständigen-Ratschens enthält ja noch weitere Belastungen, Belastungen des Staats und weitere Belastungen anderer Bevölkerungskreise. Gerade mit diesen 300 Millionen Mark sollte